

Offener Brief an Micheline Calmy-Rey, Aussenministerin der Schweiz und die
Aussenpolitische Kommission
Kopie an die Medien und Parteien

Die palästinensische Gesellschaft braucht unsere Solidarität! Das Wahlergebnis respektieren! Keine Kürzung der Gelder an die palästinensische Bevölkerung!

Die internationalen BeobachterInnen sind sich einig, dass die palästinensischen Wahlen, abgesehen von den Behinderungen durch die israelische Besatzungsmacht, weitgehend demokratisch und ohne Manipulationen über die Bühne gingen. Diese Wahlen haben der mit der Hamas verbundenen Liste einen eindeutigen Sieg gebracht.

Der demokratische Wille der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten und Jerusalem ist von der westlichen Staatengemeinschaft zu respektieren und darf nicht mit finanziellem Druck bestraft werden. Es kann nicht sein, dass demokratische Wahlen und die daraus hervorgehenden Regierungen nur dann akzeptiert werden, wenn das Resultat den eigenen Vorstellungen und Interessen entspricht.

Die Lebensbedingungen der palästinensischen Bevölkerung haben sich in den letzten Jahren angesichts der ungebrochenen Fortsetzung von Landkonfiszierungen, dem Mauerbau und der gezielten Bevölkerungspolitik („Judaisierung“) dramatisch verschlechtert. Anstatt energisch gegen die Völkerrechtsverletzungen durch Israel zu protestieren und die Grundrechte der PalästinenserInnen zu verteidigen, hat die westliche Staatengemeinschaft die israelische Politik weitgehend geduldet. Der Angriff auf das Gefängnis in Jericho stellt die bislang letzte offensichtliche Verletzung der Genfer Konventionen durch den israelischen Staat dar, ohne dass es auf Seiten der internationalen Gemeinschaft zu ernsthaften Verurteilungen gekommen wäre. Auch die Schweiz hat ihre wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Beziehungen zu Israel ausgebaut und sogar die Rüstungszusammenarbeit wieder aufgegriffen. Auch das Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofs zur Illegalität des Mauerbaus ist ohne jede Konsequenz geblieben.

Die palästinensische Bevölkerung hat sich mehrheitlich für eine Kraft entschieden, von der sie sich einen konsequenten Widerstand gegen die Besatzung und die Verteidigung ihrer kollektiven Rechte in den besetzten Gebieten, in Israel und im Exil – einschliesslich des Rechts auf Selbstbestimmung und des Rechts auf Rückkehr der Flüchtlinge an den Ort ihrer Herkunft – verspricht.

Wir verurteilen deshalb jede kollektive Bestrafung der palästinensischen Bevölkerung und ihrer VertreterInnen, indem ihnen Gelder gekürzt oder diese an Bedingungen geknüpft werden.

Wir verurteilen das Zurückhalten der Zoll- und Steuereinnahmen durch Israel, das gegen internationale Abkommen verstösst. Das Geld gehört der palästinensischen Bevölkerung.

Wir fordern Sie auf, sich unmissverständlich für die Fortsetzung der Finanzhilfe an die palästinensischen Behörden und die Zivilbevölkerung und die bedingungslose Auszahlung der den PalästinenserInnen zustehenden Gelder einzusetzen.

Wir fordern Sie auf, alles in Ihrer Macht stehende zu unternehmen, damit Israel dazu gebracht wird, internationales Recht einzuhalten.

Gesellschaft Schweiz-Palästina; Palästinasolidarität der Region Basel; Palästinakomitee Zürich; Comité Urgence Palestine, Neuchâtel; Comité Urgence Palestine, Vaud, Comité Urgence Palestine Genève